Transparenz:
Das verdient (d)ein MdL
Was Landtagsabgeordnete verdienen und was ein LINKER davon behält. **Seite 3**

Gibt es denn noch
echte Ossis?
Kann man im Jahr 2016 noch von Ossis und Wessis reden, oder ist das überholt? **Seite 4**

Tipps und Hinweise
für MieterInnen
Drei rechtliche Beispielfälle für Mieterinnen und Mieter. **Seite 8**

DIE LINKE.

im Kiez

Linke Stadtteilzeitung für Leipzig-West | 2016

Stadt für alle, statt nur für wenige!

Die Stadt steht unter Druck: Wachsende Bevölkerung und eine enorme Dynamik auf der einen, Mietpreissteigerungen, wachsende Verkehrsbelastungen und Verdrängungstendenzen auf der anderen Seite. Im Bild: Große Kneifzange als Kunstinstallation am Westwerk.

Foto: Straßenstriche.net | via Flickr | CC BY-NC 2.0

Marco Böhme Schleußig, Plagwitz, Lindenau und Leutzsch bekommen nicht nur immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner, der Kiez wird auch immer lebendiger und bunter

Damit das so bleibt, darf das Viertel seine Widerstandsfähigkeit nicht verlieren. Widerstand gegen steigende Mieten, Rassismus, Homophobie und pöbelnde Leute. Dafür braucht es nicht nur eine freie und offene Gesellschaft, dafür braucht es auch Räume um selbstverwaltet leben zu können.

Mehrere dutzend junge Leute waren Mitte August auf der „sozialen Kampfbaustelle“ in der Gießerstraße und haben sich über Gentrifizierung, also Verdrängung alt eingesessener Bewohner*innen, unterhalten und über Wege und Mittel ausgetauscht um das zu verhindern. Statt wie die CDU es will, mit mehr Polizei und Repressionen gegen diese „Störer der Aufwertung“ vorzugehen, sollte man den Leuten zuhören.

Wir müssen Wohnungspolitik neu denken. Da reichen auch nicht die zurzeit praktizierten Förderprogramme, Wohngeldregelungen, mietrechtlichen Rahmensetzungen (wie die Mietpreisbremse) oder Bündnisse für den Neubau. Denn diese sind auch nur wieder am privatwirtschaftlich und profitorientierten Wohnungsmarkt orientiert. Wir brauchen eine neue Gemeinnützigkeit! Eine Strategie die auf den Ausbau und die Stärkung von nichtprofitorientierten Modellen der Wohnungsversorgung setzt. Darüber diskutieren wir als LINKE im Bund, im Land und in der Stadt.

In diesem ersten Heft von uns, Mitgliedern und Sympathisant*innen der Partei DIE LINKE im Leipziger Westen, wollen wir mit euch in Kontakt kommen. Denn eine Partei ist kein Selbstzweck. Wir haben einiges vor, bieten einiges an und möchten in den Parlamenten nicht an euch vorbei entscheiden. Ihr findet hier Artikel zur Kultur im Kiez und der Stadt und was es für Schwierigkeiten gibt, Mieter*innen-Tipps, ein paar Infos zur Vermögens- und Armutsverteilung in der Republik und ein kleines Stadtteilquiz. Wenn du dich mit uns zusammen engagieren möchtest, dann melde dich doch einfach mal. Schau in unserem Abgeordneten- und Projektebüro INTERIM in der Demmeringstraße 32 vorbei oder besuch uns im Netz. Ansonsten sind wir auch regelmäßig auf der Straße, im Verein oder in der Kneipe anzutreffen.

Foto: (c) Marco Böhme

über den Autor:
Marco Böhme

Marco ist Umweltaktivist, hat Stadt- und Raumplanung studiert und ist seit 2014 Landtagsabgeordneter für DIE LINKE und einer der Betreiber des INTERIM (siehe Seite 2). Er ist in Leipzig geboren, in Grünau aufgewachsen sowie zur Schule gegangen und seit 2008 Schleußiger.

Das INTERIM in der Demmeringstraße 32 in der Eröffnungsnacht 2015. Wo bis 2010 noch um die Ecke, in der Odermannstraße 8, die NPD versuchte, Fuß zu fassen, wird nun emanzipatorische Politik gemacht.

Foto: le grex via Flickr | CC BY 2.0

Politik - Kultur - Projekte: das »INTERIM« in der Demmeringstr.

Es war eine lange Suche. Nach der Landtagswahl Ende 2014 begaben wir uns auf die Suche – die Suche nach einer Immobilie - nach einem Raum für Politik. Offen für alle. Nutzbar für alle. Einen Raum für Kultur, für Veranstaltungen und auch Projekte. Einen Raum, wo sich mehrere Gruppen und Initiativen gleichzeitig treffen können und auch noch Platz für Partys und einen kleinen Szene-Laden ist. Die Jagd auf dem Immobilienmarkt war vor knapp einem Jahr erfolgreich – und das, ohne jemanden zu verdrängen.

Ursprünglich haben wir uns in der Karl-Heine Straße umgeschaut und uns als wichtige Immobilienkäufer ausgegeben. Die Rundgänge mit der Maklerin waren mehr als gruselig. „Die Mieter da über uns werden nicht mehr lange bleiben“ oder „da drüber haben wir die Häuserzeile aufgekauft, das Klientel hier wird sich noch verändern, keine Sorge“. Sorge machte uns nur die unglaublich herablassende Art, das Auftreten und die Zielvorstellungen der Marklerin über den Stadtteil. „In ein paar Jahren sind wir hier fertig“. „Fertig sind wir mit Ihnen!“ sagten wir schließlich und brachen die Gespräche ab. Zudem betrug der Mietpreis (kalt!) 14 € pro Quadratmeter. Für ein Objekt wie jedes andere in Plagwitz. Nicht gerade groß, eine Schaufensterscheibe und ein kleines Klo.

Wir zogen weiter, zur Lützner Straße Ecke Josephstraße. Dort gab es einen Eckladen der unsere Vorstellungen entsprach. Es gab Gespräche mit dem Münchner Eigentümer. Der Vertrag war fast unterschrieben. Doch dann hieß es: Er wird nicht vermieten, an niemanden für die nächsten 4 Jahre. Er wolle sich erstmal auf seine Münchner Projekte konzentrieren. Das Ganze kam zu dem Zeitpunkt, als der Eigentümer eine Leipziger Marklerin mit zu unseren Gesprächen brachte. Die erklärte ihn scheinbar, in welchem Boom-Viertel seine Immobilie liegt und er nicht so niedrige Mietpreise verlangen sollte. Heute ist dort ein Personal-Fitness-Studio.

Nach vielen weiteren Besichtigungen und enttäuschenden Gesprächen ergab sich eine nette Bekanntschaft mit den Eigentümern der Demmeringstraße 34 – einem alten Zoogeschäft bzw. Cafè. Wir konnten dort über den Sommer bleiben. Mit knapp 100 qm war es aber zu klein, außerdem für den Winter zu kalt, und eben doch nur eine Interimslösung. So nannten wir den Ort auch. Über 40 Veranstaltungen gab es dort im Sommer 2015. Viele Gruppen und Initiativen trafen sich und nutzten unseren Raum. Doch der Winter nahte – und wir hatten Glück. Die Mieter des Bastelladens gleich nebenan gingen in Rente und schlossen ihr Geschäft. Und wir fanden unser perfektes Büro. Den Namen INTERIM mussten wir aber behalten, er war nun etabliert und kam gut an.

Das INTERIM ist ein offenes Projekte- und Abgeordnetenbüro im Leipziger Westen. Das bedeutet, dass wir Raum für politische Aktivität schaffen und mit Ressourcen unterstützen wollen – von Sozialberatungen über Gruppenplenum, antifaschistische Arbeit, politische Bildung bis zu Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen. Das INTERIM ist dabei neben dem linXXnet das zweite Büro, das wir in Leipzig als Kollektiv basisdemokratisch betreiben. Doch ein offenes Büro lebt natürlich vor allem von der Vielfältigkeit der Menschen, die es als Arbeits- und Politikort begreifen und mit Leben füllen.

Finanziert wird das Büro vom Landtagsabgeordneten Marco Böhme, mit Unterstützung von Susanna Karawanskij und Axel Troost vom deutschen Bundestag und Conny Ernst vom Europaparlament.

Öffnungszeiten und Angebote:
Di-Do von 12 bis 19 Uhr, Fr 12 bis 15 Uhr
Zeitung lesen, kostenloses Internet und PC-Arbeitsplätze, Plenumsräume, Sozialberatung, Infomaterial, Veranstaltungen

Diäten-Transparenz

Marco Böhme, Mitglied des Landtages aus dem Leipziger (Süd-)Westen, legt alle seine Einkommen offen. Mehr als Abgeordnete anderer Parteien spendet er.

Persönliches Einkommen:		
+ 5.487,09€	Diät	Abgeordnetenentschädigung
+ 326 €	Zuschuss	Zuschuss Kranken- & Pflegeversicherung
+ 1.159,40 €	Zuschuss	Rentenoption
= 6972,49 €	**monatliche Einnahmen**	
Ausgaben:		
- 27,44 €	Kürzung der Diät	nach § 5 (4) SächsAbgG (Kosten in Pflegefall)
- 1.159,40 €	Beitrag	Gesetzliche Rentenversicherung
- 716,14 €	Beitrag	Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung
- 1.408,08 €	Einkommenssteuer	Steuervorauszahlung
- 800,65 €	Mandatsträgerbeitrag	an DIE LINKE
- 150,00 €	Mitgliedsbeitrag DIE LINKE	hängt von Einkommenhöhe ab
- 150,00 €	Spende Jugendverband	monatliche Spende an linksjugend ['solid] Sachsen
- 100,00 €	Spende Spendenverein	Spendenverein der Landtagsfraktion DIE LINKE für soziale & außerparl. Projekte
- rund 400 €	weitere Mitgliedsbeiträge	Mitgliedbeiträge Vereine, Verbände und Stiftungen
= 4911,71 €	**Summe der Beiträge, Spenden und Ausgaben**	
= 2060,78 €	**verbleibendes Einkommen im Monat**	

Aufwandspauschale		
4111,30 €	Aufwandspauschale	Abhängig von der Entfernung der Hauptwohnung zum Landtag
Ausgaben aus der Pauschale:		
3200,00 €	Bürokosten	Finanzierung des INTERIM
200,00 €	Regionalarbeit	Einzahlung in den Regionalpool für politische Arbeit in der Region Leipzig
150,00 €	Projektgeld	Projektgelder für polit. Arbeit im Leipziger Westen
ca. 200,00 €	Übernachtungskosten	in Dresden
ca. 150,00 €	Fahrtkosten	für CarSharing
ca. 200 €	Sonstiges	Investitionen, mandatsbezogene Ausgaben, Sonstiges
= ca. 4100 €	**Summe Ausgaben**	Privat verbleibt hiervon also: nix

Bild: Ace Wolter via Flickr | CC BY-NC-ND 2.0

Wieviel Kohle hat ein MdL?

Abgeordnete des Sächsischen Landtages (MdLs) erhalten verschiedene Zahlungen, Zuschüsse bzw. Pauschalen über die gesamte Legislatur.
In Sachsen ist das zum einem die monatliche **Abgeordnetenentschädigung (Diät)**, also das Gehalt. Diese beträgt 5.487,09 €. Auf diese müssen **Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag** gezahlt, sowie **Kranken- und Pflegeversicherung** abgeführt werden.
Für die Kranken- und Pflegeversicherung erhält man einen **Zuschuss** von maximal 326 €, was der Hälfte des zu leistenden Höchstbetrages bei der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht. Das ist also ähnlich gehandhabt wie bei Arbeitnehmer*innen, wo die Hälfte der / die Arbeitgeber*in bezahlt. Ich habe mich gegen eine private Krankenversicherung entschieden und mich freiwillig bei der **gesetzlichen Krankenkasse** versichert, weil das Solidaritätsprinzip auch für Menschen mit hohen Einkommen zählen muss.
Hinzu kommt eine Rentenoption. Man hat die Wahl ob man in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, sich privat versichert oder der Rentenanspruch in den Pensionsfonds für Abgeordnete gezahlt wird. Der monatliche **Rentenzuschuss** beträgt maximal 1.159,40€ (Höchstbeitrag der gesetzlichen Rentenversicherung). Ich zahle in die gesetzliche Rentenversicherung ein, weil es mein politischer Anspruch ist, dass alle Personen mit einem Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rente einzahlen und somit die Rentenkassen für alle gut gefüllt werden und sich nicht einige Besserverdiener*innen aus der Solidargemeinschaft raushalten.
Für die politische Arbeit erhalte ich eine **Aufwandspauschale** von 4.111,30 €. Diese ist steuerfrei und soll zur Finanzierung der Abgeordnetentätigkeiten, d. h. von Bürokosten über Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Fahrtkosten und sonstigen Aufwendungen genutzt werden.
Für was ich die Abgeordnetenentschädigung (Diät) und die Aufwandspauschale ausgebe, könnt ihr den obigen Tabellen entnehmen.

Aktualisierungen und weitere Informationen erhaltet ihr unter:
http://marco.linxxnet.de

Gibt es denn die »Ossis« noch?

Susanna Karawanskij
Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE und Ost-Beauftragte der Fraktion DIE LINKE.

Foto: Büro Stefan Liebich

Viele mehr oder weniger seriöse Untersuchungen gingen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten der Frage nach, was ost- und westdeutsche Bürger*innen unterscheidet, welche typischen Merkmale, welche Besonderheiten es zwischen Ost und West gibt. Munter wurde auf der gesamten Klaviatur der Klischees und Vorurteile gespielt. Hier der Jammer-Ossi, dort der Besser-Wessi. Manche diagnostizierten ein weiteres Auseinanderdriften in der psychischen Befindlichkeit, andere vermerkten, dass nun doch langsam zusammenwachse, was zusammengehört. Es wurde auch diskutiert, ob Ostdeutsche so etwas wie eine eigene Ethnie, mit eigener Kultur, sprachlichen Eigenheiten, Verhaltensweisen und Solidaritätsgefühlen darstellen. Klar gibt es auch zwischen dem Ostfriesen und der Niederbayerin Mentalitätsunterschiede.

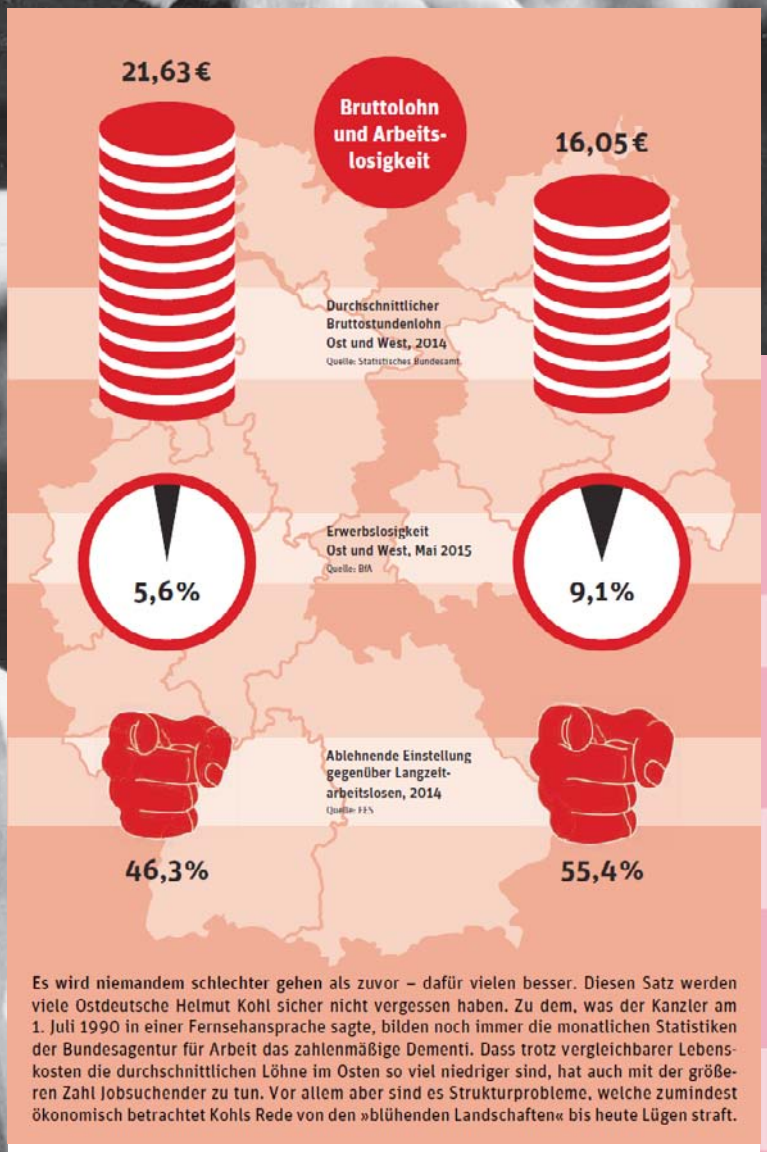
Doch jenseits der Klischees lohnt sich der Blick auf „den Ossi“ unter folgenden Gesichtspunkten:
Mehr noch als die Unterschiede hinsichtlich der Identität, stellt das reale Auseinanderdriften zwischen Ost und West in wirtschaftlichen und sozialen Fragen ein ernstzunehmendes Problem dar. Gerade die grafische Darstellung verschiedener Untersuchungen zeigt, dass Deutschland 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch „geteilt“ ist. Dabei geht es nicht darum, den Osten gegen den Westen oder ostdeutsche gegen westdeutsche Kommunen auszuspielen. Wir als LINKE wollen uns nur nicht damit abfinden, dass Menschen im Osten in Sachen Rente, Erwerbslosigkeit oder Gesundheitsversorgung oftmals viel schlechter gestellt sind, als diejenigen, die im Westen leben.
Blickt man auf ostdeutsche Kommunen, so fährt der Großteil finanziell auf Verschleiß, Infrastruktur verrottet, ein Entkommen aus der Abwärtsspirale scheint nicht in Sicht. Ein Zustand, wie übrigens auch in vielen westdeutschen Städten und Gemeinden. Erwerbslosigkeit und Kinderarmut sind im Osten allerdings weitaus stärker ausgeprägt und haben ihre Spuren hinterlassen. Ostdeutsche Löhne und Gehälter fallen in der Regel niedriger aus als bei vergleichbaren Tätigkeiten im Westen. Neben einigen wenigen Wachstumsregionen sind besonders die ländlichen Gebiete Ostdeutschlands geradezu entvölkert,

Gibt es die Ossis noch, oder haben sie sich verkrochen? Bild aus dem humoresken Spielfilm „Karbid und Sauerampfer“ der DEFA. Das Bild wurde uns freundlicherweise von der DEFA-Stiftung zur Verfügung gestellt.

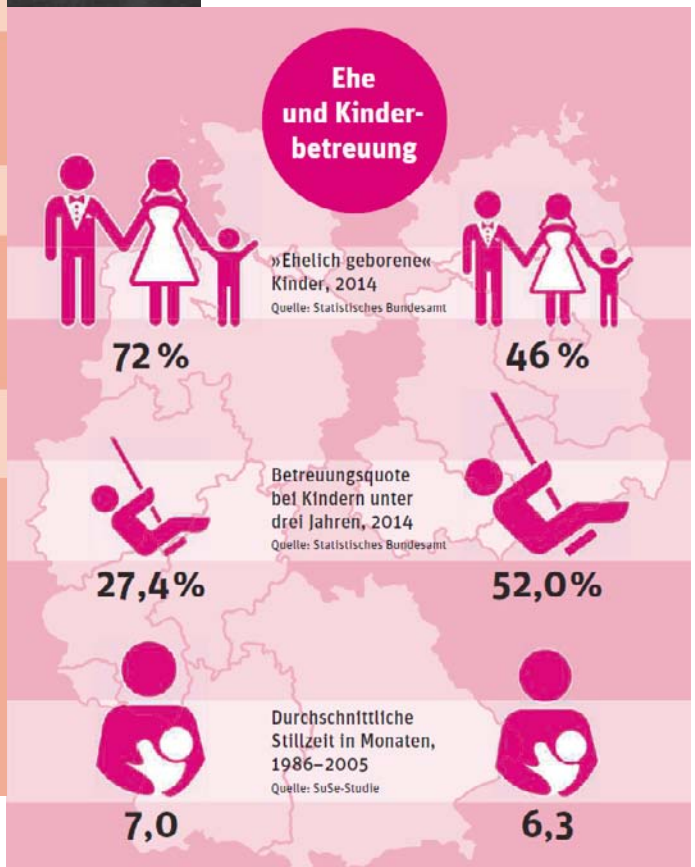
Bild: © DEFA-Stiftung/Heinz Wenzel

aus: Beilage des
»neuen deutschland«

Die linke Tageszeitung »neues deutschland« hat uns freundlicherweise ihre Grafiken aus der Beilage „Der Ausverkauf“ vom Juni 2015 zur Verfügung gestellt. Die Ausgabe kann auch nachbestellt werden.



Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser. Diesen Satz werden viele Ostdeutsche Helmut Kohl sicher nicht vergessen haben. Zu dem, was der Kanzler am 1. Juli 1990 in einer Fernsehansprache sagte, bilden noch immer die monatlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit das zahlenmäßige Dementi. Dass trotz vergleichbarer Lebenskosten die durchschnittlichen Löhne im Osten so viel niedriger sind, hat auch mit der größeren Zahl Jobsuchender zu tun. Vor allem aber sind es Strukturprobleme, welche zumindest ökonomisch betrachtet Kohls Rede von den »blühenden Landschaften« bis heute Lügen straft.



In dem, was sich Feminismus nennt ist heute mitunter ein Zug, der wegführt von Emanzipation: hin zu systemkonformer Selbstoptimierung von Karrierefrauen und Power-Müttern. Das spricht natürlich nicht gegen feministische Kritik an den Verhältnissen. Im Gegenteil. Wie unterschiedlich die Ausgangspunkte emanzipatorischer Praxis dabei sind, lässt sich an immer noch existierenden Ost-West-Unterschieden erahnen.

Fachkräfte wandern ab. Dies hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft, die durch Abschmelzen von EU-Förder-, aber auch Solidarpaktmitteln weiter geschwächt wird. Im Alter ist gleichfalls mit Armut zu rechnen, wir haben immer noch kein bundeseinheitliches Rentenniveau.
Es gibt noch viel zu tun, wofür es sich politisch zu kämpfen lohnt: Wir wollen gleichwertige gute Lebensverhältnisse in Ost und West, wir wollen gute Arbeit, gute Rente und ein gutes Leben für Menschen in ganz Deutschland. Das heißt: Ostdeutschland braucht einen neuen Politikansatz. „Der Osten“ braucht nach wie vor Fürsprecher*innen auf politischer Ebene. Um folglich Veränderungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu erreichen, ist es nötig, dass der Blick gen Ostdeutschland geht.

Auch wenn die Frage Ost - West weitgehend vom politischen Radar verschwunden ist und mancherorts als überholt gilt, so lässt sich die Abgeschlossenheit der deutschen Einheit nicht einfach herbeireden und muss den unterschiedlichen (Umbruchs-)Erfahrungen Rechnung getragen werden.
Die sog. „Dritte Generation Ost“, die ihre ersten Lebensjahre in der DDR und später im wiedervereinigten Deutschland verlebt haben und mit zwei unterschiedlichen politischen Systemen aufgewachsen sind, können ostdeutschen Interessen neues Gehör verschaffen . Diese Generation hat die Chance, mit Klischees und Vorurteilen aufzuräumen. Sie könnten ein außerparlamentarischer Arm sein, um eine Kehrtwende in der Ostdeutschlandpolitik einzufordern, die in letzter Konsequenz bei den Bundesregierungen der vergangenen Jahre immer auf taube Ohren stieß.

Grafiken: neues deutschland

Lieber arm dran als Arm ab?

Zur Auseinander-Entwicklung der Einkommen und Vermögen in Deutschland

von Axel Troost

Seit dem Jahr 2000 hat sich in Deutschland eine **starke Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und Vermögenseinkommen** vollzogen: Auf der einen Seite stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zwischen 2000 und 2007 inflationsbereinigt um ca. 40 Prozent und konnten sich trotz Einbruch während der Finanzkrise auf einem annähernd hohen Niveau stabilisieren. Auf der anderen Seite **sanken Reallöhne** sogar leicht von 2000 bis 2007 und liegen selbst heute gerade einmal ca. 7 Prozent höher als vor 16 Jahren. Aber auch der leicht positive Trend der letzten Jahre (vor allem durch den Mindestlohn) kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Kapitalseite seit den 2000er Jahren fast den kompletten Wohlstandszuwachs

Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Den Arm abschneiden sollte man sich trotzdem nicht - sondern Reichtum einfach umverteilen.

aneignet, während die Arbeitnehmer*innen sich trotz ständig steigender Wertschöpfung jedes Jahr mit einem weitgehend gleich groß bleibenden Stück des Kuchens abfinden müssen.

Ungleiche Einkommen führen zu ungleicher Vermögensverteilung!

Dabei klaffen bereits heute die Vermögensunterschiede in Deutschland so weit auseinander wie in kaum einem anderen europäischen Land: Die Mehrheit der Deutschen verfügt nur über Gebrauchsvermögen und einen begrenzten Umfang an Geldvermögen für Absicherungszwecke. Anders als in anderen europäischen Ländern verfügt nur eine Minderheit der Haushalte über Wohneigentum; die deutliche Mehrheit wohnt zur Miete.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) **besitzen die reichsten 10 Prozent knapp 2/3 des Volksvermögens**. Aber auch innerhalb der Gruppe der Reichen ist das Vermögen ungleich verteilt, wie man an den überproportionalen Vermögensanteilen der 1 Prozent „Superreichen" an der Bevölkerung sehen kann. Und darin wiederum in der noch kleinere Gruppe des reichsten Tausendstel der „Megareichen" (rund 40.000 Haushalte mit einem Vermögen über je mindestens zehn Millionen Euro, durchschnittlich weit über 30 Millionen Euro).

Hingegen **ist die ärmere Hälfte der Bevölkerung komplett abgehängt**, besitzt zusammen gerade einmal drei Prozent des Volksvermögens (ohne Gebrauchsvermögen).

Was sind die Ursachen für den Anstieg der Ungleichheit?

Die langfristige Zunahme von **Ungleichheit der Vermögen in Deutschland ist kein Schicksal**, sie wurde durch sozial- und steuerpolitische Entscheidungen ausgelöst:

Seit der Wiedervereinigung wurden **Steuersenkungen für Reiche und Megareiche** durchgesetzt. Beispielsweise die Nichterhebung der Vermögensteuer seit 1997, die Senkung des Spitzensteuersatzes sowie der Übergang zur Abgeltungsteuer, sodass Kapitalerträge nur noch pauschal mit 25 Prozent besteuert und damit weit weniger belastet werden als Arbeitseinkommen.

In der Sozialpolitik wurden sozialstaatliche Leistungen und Sozialversicherungsleistungen von über 47 im Jahr 2000 auf etwa 44 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesenkt, was jährlich knapp 100 Mrd. Euro weniger sind (daran konnte auch eine kurze, krisenbedingte Spitze 2009 nichts ändern). Die Folge sind höhere Armutsrisikoquoten insbesondere von Erwerbslosen und auch von Alleinerziehenden, die zu 40 Prozent auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Auch das Niveau der gesetzlichen Renten und insbesondere der Renten von vormals Niedriglohnbeziehenden ist in Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrig und weiter sinkend. Gleichzeitig wurden die Sozialabgaben der Arbeitnehmer*innen jedoch kaum gesenkt, und liegen nicht einmal 1 Prozent des BIP tiefer als vor 16 Jahren (was jährlich etwa 20 Mrd. Euro sind). Weil die Unternehmensseite entlastet wurde, erhalten die Arbeitnehmer*innen also trotz kaum gesunkenem Arbeitnehmerbeitrag deutlich weniger Leistungen.

Was ist zu tun um die Arm-Reich-Schere zu schließen?

Vor allem müssen die Steuersenkungen, gerade für Super- und Megareiche, sofort zurückgenommen werden: Eine Verdopplung aller Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen erbrächte gut 140 Mrd. Euro jährlich. Gleichzeitig müssen die Arbeitgeber*innen wieder ihren Anteil an der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme leisten. Dadurch wäre es auch möglich, die sozialstaatlichen Leistungen und Sozialversicherungen endlich an die gestiegene Wirtschaftsleistung anzupassen, sodass alle Menschen in Deutschland am wachsenden Wohlstand beteiligt werden.

Bild: Georgios Karamanis via Flickr | CC BY-NC 2.0

Tipps für MieterInnen

Fall 1: **Selbstauskunft beim Abschluss von Mietverträgen**

Frau K. hat eine neue Wohnung gefunden. Sie steht kurz vor dem Mietvertragsabschluss. Zusätzlich zum Vertrag, sendet ihr der Vermieter ein Formular, das mit „Selbstauskunft“ überschrieben ist, zu. Darin werden verschiedene Angaben zur Person und zu Einkommensverhältnissen erfragt. An einem Punkt wird Frau K. stutzig: Der Vermieter fragt nach ihren Vorstrafen. Was will der Vermieter mit dieser Information, muss Frau K. auf die Frage antworten?

Mittlerweile ist es bei Abschluss von Mietverträgen geradezu ein Standard, dass der/die VermieterIn eine Selbstauskunft verlangt. Zwar besteht kein rechtlicher Anspruch auf eine solche Auskunft über die persönliche, familiäre und wirtschaftliche Situation der/des MieterIn, es kann aber davon ausgegangen werden, dass bei Verweigerung das Mietverhältnis nicht zustande kommt. Der Schlüssel ist das Persönlichkeitsrecht. Wie im Falle von Auskünften an potentielle ArbeitgeberInnen darf der/die VermieterIn nur nach bestimmten Informationen fragen. Diese müssen im Zusammenhang mit dem Mietverhältnis stehen.

Als zulässig gelten:
Fragen zur Identität (Name, Geburtsdatum, Anschrift), nach dem Nettoeinkommen, Umfang des Haushaltes, eröffneten Insolvenzverfahren und Mietschulden

Als unzulässig gelten:
Fragen nach Nationalität, Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder Religionsgemeinschaften, Hobbies, Krankheiten oder Behinderungen, Vorstrafen oder dem Vorvermieter. Bei unzulässigen Fragen darf gelogen werden, ohne dass dies Konsequenzen für den Mietvertrag hat.

Frau K. beantwortet die Frage nach den Vorstrafen mit „Nein“. Parallel dazu informiert sie den Sächsischen Datenschutzbeauftragten über die aus ihrer Sicht unzulässige Frage.

Der Immobilienmarkt boomt, bezahlbare Wohnungen werden knapper. Immer öfter greifen VermieterInnen zu unlauteren Methoden um MieterInnen loszuwerden. Mietrechtliche Auseinandersetzungen nehmen zu.
Auf dieser Seite sollen beispielhaft Probleme angerissen werden, mit denen MieterInnen zunehmend konfrontiert sind. Bei den Beispielen handelt es sich um Einzelfälle. Bereits kleine Abweichungen können in der Realität zu einem anderen Ergebnis führen. Entscheidend sind zudem die Regelungen des jeweiligen Mietvertrages. Betroffenen ist in jedem Fall zu empfehlen, sich professionelle Unterstützung zu suchen. Eine wichtige erste Anlaufstelle ist der Mieterverein Leipzig, darüber hinaus gibt es fachkundige MietrechtsanwältInnen und Initiativen, die MieterInnen unterstützen und begleiten.

Alle Angaben sind ohne Gewähr.

ANSPRECHPARTNER*INNEN & MEHR INFOS:

- **Tipps zum Mietrecht:** www.bmgev.de/mietrecht/tipps-a-z.html
- **Mieterverein Leipzig:** Hans-Poeche-Str. 9, 04103 Leipzig, www.mieterbund-leipzig.de
- **Netzwerk „Stadt für alle“:** www.leipzig-stadtfueralle.de
- **Rechtsanwalt Patrice Castillo, Mietrecht:** Brandvorwerkst. 52-54, 04275 Leipzig, Tel. 0341-30 32 97 99, www.ra-castillo.de

Fall 2: **Modernisierungs-ankündigung**

Herr M. wohnt schon lange in der Parkallee. Das Wohnhaus ist in einem passablen Zustand. In letzter Zeit regnet es immer wieder herein, was für Herrn M. in seiner Dachgeschosswohnung besonders anstrengend ist. Er wendet sich an die Vermieterin. Wenige Wochen später kündigt die Vermieterin an das Dach reparieren zu lassen und in diesem Zusammenhang die Miete zu erhöhen. Herr M. wird stutzig und erfragt Rat.

Die Neudeckung des Dachs ist in diesem Fall eine gewöhnliche Erhaltungsmaßnahme. Die Kosten für solche Instandhaltungen und Instandsetzungen dürfen nicht auf die MieterInnen umgelegt werden. Zur Instandhaltung gehören alle Maßnahmen, die dazu dienen, den Zustand des Mietobjekts zu erhalten, z.B. die Reinigung des Treppenhauses oder die Pflege des Gartens, so im Mietvertrag vorgesehen. Um eine Instandsetzung handelt es sich, wenn Schäden oder Mängel in der Wohnung, am oder im Haus beseitigt werden, um die Wohnung wieder in einen vertragsgerechten Zustand zu versetzen, z.B. die Reparatur der Heizung, der Wasser- oder Elektroleitungen.

Herr M. widerspricht der Mieterhöhung und bekommt recht. Die Dachreparatur muss die Vermieterin komplett alleine tragen.
Wenige Monate später bekommt Herr M. eine Modernisierungsankündigung. In zwei Wochen sollen umfassende Arbeiten am Haus beginnen, auch die Grundrisse der Wohnung sollen verändert werden. Die Miete soll in der Folge erheblich erhöht werden. Herr M. ist nicht einverstanden.

Nicht einverstanden zu sein, ist erstmal die richtige Reaktion. Schließlich geht es um die eigenen vier Wände, den Rückzugsraum, den Menschen haben. Dieser unterliegt einem besonderen rechtlichen Schutz. Zwar könnte eine Modernisierung theoretisch etwas positives im Sinne der MieterInnen bedeuten. In der Realität sind Modernisierungsleistungen für den/die VermieterIn jedoch ein lukratives Geschäft, denn sie können die jährliche Miete um 11% der für die Modernisierung aufgewendeten Kosten erhöhen.

Modernisierungsmaßnahmen sind gemäß § 555b BGB „bauliche Veränderungen,
1. durch die in Bezug auf die Mietsache Endenergie nachhaltig eingespart wird (energetische Modernisierung),
2. durch die nicht erneuerbare Primärenergie nachhaltig eingespart oder das Klima nachhaltig geschützt wird, sofern nicht bereits eine energetische Modernisierung nach Nummer 1 vorliegt,
3. durch die der Wasserverbrauch nachhaltig reduziert wird,
4. durch die der Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöht wird,
5. durch die die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessert werden,
6. die auf Grund von Umständen durchgeführt werden, die der Vermieter nicht zu vertreten hat, und die keine Erhaltungsmaßnahmen nach § 555a sind, oder
7. durch die neuer Wohnraum geschaffen wird.“

Modernisierungsmaßnahmen müssen spätestens drei Monate vor ihrem Beginn in Textform angekündigt werden. Damit hat die Vermieterin im Fall von Herrn M. bereits einen Fehler gemacht.
Zwar ist der/die MieterIn gesetzlich gezwungen, Modernisierungen zu dulden, diese Duldung kann jedoch auch begründet verweigert werden. Wenn die angekündigte Modernisierung für den/die MieterIn eine nicht zu rechtfertigende Härte bedeutet – dies können wie im Fall von Herrn M. unzumutbare bauliche Veränderungen sein – dann muss die Vermieterin dies berücksichtigen.

Herr M. spricht mit seinen NachbarInnen. Sie berufen eine MieterInnenversammlung ein und entscheiden sich gegen die Modernisierungsankündigung vorzugehen. Gemeinsam konsultieren sie den MieterInnenverein und eine fachkundige Rechtsanwältin.

Fall 3: **Wohnen in einer WG**

Anna zieht in eine WG in Lindenau ein. Sie wohnt dort bereits ein paar Jahre. Im Mietvertrag taucht sie nicht auf, die Wohngemeinschaft hat bei ihrem Einzug nicht darauf geachtet und Anna brauchte nie einen entsprechenden Nachweis.

Es steht Stress mit dem Vermieter ins Haus. Erste Nachbarn, mit befristeten Mietverträgen, werden zum Ausziehen gedrängt. Annas WG hat einen unbefristeten Mietvertrag. Die verbliebene Hausgemeinschaft beginnt sich zu organisieren. Auch für Annas WG stellt sich die Frage ob sie einen Rechtsanwalt mandatieren. Beim Erstberatungsgespräch stellt sich heraus, dass Annas Möglichkeiten sich einzuklinken begrenzt sind. Denn sie wohnt gar nicht offiziell in der Wohnung.

Ein großer Teil vor allem junger Leute wohnt auch in Leipzig in Wohngemeinschaften. Nicht selten wird vergessen diese Form des Zusammenwohnens auch zu „legalisieren“. Wer in einer WG wohnt und nicht in den Mietvertrag eintritt, wohnt unrechtmäßig in der jeweiligen Wohnung und verzichtet damit auch auf verbriefte Rechte sich im Fall der Fälle gegen den/die VermieterIn zu wehren.

Es gibt verschiedene Varianten der Mietvertragsgestaltung:

1. HauptmieterIn mit genereller Untermieterlaubnis: Wenn nur ein WG-Mitglied HauptmieterIn ist und eine Untermieterlaubnis hat, können UntermieterInnen beliebig ausgetauscht werden. Die Namen der Personen müssen dem/der VermieterIn lediglich mitgeteilt werden.

Der/die HauptmieterIn ist alleinige VertragspartnerIn und zur Mietzahlung verpflichtet.

2. Mehrere Hauptmietvertragsverhältnisse: In diesem Falle haben alle WG-Mitglieder einen eigenständigen Mietvertrag. Dieser kann nur durch alle gemeinsam gekündigt werden. Andersherum kann die/der VermieterIn diesen nur gegenüber allen MieterInnen einer WG kündigen.

3. Festschreibung einer WG im Mietvertrag: In diesem Fall sind die WG-Mitglieder ebenfalls HauptmieterInnen, können aber individuell aus dem Vertrag austreten.

Anna will den nahenden Rechtsstreit mit dem Vermieter gleichberechtigt mit ihren MitbewohnerInnen führen. Gleichzeitig ist ihr bewusst, dass das faktisch illegale Wohnen in der WG ein Risikofaktor ist, den der Vermieter zuungunsten der gesamten WG nutzen kann. Eine Legalisierung ihres Wohnstatus in dieser Situation muss gut abgewogen werden.

Foto: Straßenstriche.net | via Flickr | CC BY-NC 2.0

Neue Lösung im Westen für LTT, LOFFT und NKM

Mandy Gehrt
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig
Kontakt: mandy.gehrt@linksfraktion-leipzig.de

In der Ratsversammlung am 20. Januar 2016 wurde nach langen Diskussionen die Sanierung und der Umbau der Halle 7 auf dem Gelände der Baumwollspinnerei mit dem Ziel der Schaffung einer kulturellen Gemeinbedarfseinrichtung beschlossen. Voran ging die jahrelange Suche nach Möglichkeiten der Schaffung eines neuen Theaterhauses im Leipziger Westen, in dem das LOFFT und das Leipziger Tanztheater (LTT) untergebracht werden und der Lindenfels Westflügel sowie die Schaubühne Lindenfels zusätzliche Räume erhalten. Dem Theater der Jungen Welt (TdJW) sollten dadurch die Räume im Haus am Lindenauer Markt wieder vollständig zur eigenen Nutzung zur Verfügung stehen. Nach Prüfung verschiedener Immobilien und Konzepte, die wieder verworfen wurden, rückte die bisher unsanierte Halle 7 der Baumwollspinnerei als gemeinsamer Ort ins Blickfeld der Stadtverwaltung. Neben der Nutzung als Theaterhaus wurde bald auch der Umzug des Naturkundemuseums (NKM) in die Halle 7 diskutiert, womit die Stadt drei Fliegen mit einer Klappe schlagen kann, denn neben dem Theaterhaus wurden seit 2009 verschiedene Standorte für das NKM geprüft, eine Lösung wurde aber nicht gefunden, da die Finanzierung eines Neu- oder Umbaus zu kostspielig geworden wäre (ab ca. 11 Mio € aufwärts). Der städtische Anteil zur Finanzierung des Umbaus der Halle 7 beläuft sich dagegen nur auf ca. 3,3 Mio €, da der Freistaat Sachsen im Rahmen des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost mit ca. 6,6 Mio € die Sanierung mitfinanziert. Eine gute Lösung für alle Beteiligten, denn Platz bietet die Halle 7 genug für alle drei Akteure. Die Neueröffnung des LTT und des LOFFT ist schon für die zweite Jahreshälfte 2017 geplant. Auf das NKM muss der Leipziger Westen allerdings noch etwas warten, denn der/die neuzuwählende Direktor*in muss zunächst ein neues Konzept für das NKM entwickeln. Wir sind gespannt und unterstützen das Vorhaben.

Die Nachfrage ist groß - Bandproberäume dringend gesucht

Weiterhin herrscht in Leipzig ein akuter Mangel an Proberäumen für Nachwuchs- und Amateurbands. Immer wieder sind Bands von Kündigungen der Räume und überteuerten Preisvorstellungen durch private Vermieter betroffen. Zwar wurde im Juli 2010 auf Initiative der Bandcommunity Leipzig das erste und im Mai 2015 die erste Etage des zweiten Bandhauses in der Saarländer Straße eröffnet, die dort zur Verfügung gestellten Proberäume decken allerdings bei Weitem nicht den Bedarf. Die Bandcommunity erhält nach eigenen Aussagen jährlich Anfragen von ca. 100 Bands. Ein erster Schritt ist zwar mit dem zweiten Bandhaus getan, aber es steht immer noch die Brandschutzertüchtigung von zwei weiteren Etagen im Bandhaus aus. Ein Brandschutzkonzept liegt der Stadt als Eigentümerin des Objektes vor, die Realisierung steht aber in den Sternen. Wir wollen Nachwuchsmusiker*innen in Leipzig stärker fördern. Die Fraktion DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, Gelder im Doppelhaushalt 2017/18 für die Ertüchtigung des Hauses einzustellen, um so das Angebot an Übungsräumen zu erhöhen, denn gerade in einer Musikstadt sollte es für Bands ein ausreichendes Angebot an Räumen geben.

Mehr und differenzierte Förderung für die Freie Szene

Dem hartnäckigen Kampf der Sparten der Freien Szene und einiger Fraktionen im Stadtrat in Leipzig ist es zu verdanken, dass die Fördermittel nun jährlich um 2,5 % angehoben werden. Vom Prinzip her eine gute Sache, aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Gerademal um ca. 130.000 € soll die Förderung 2017 erhöht werden, viel zu wenig, wenn man um die tatsächlichen Bedarfe der Institutionen und Projekte weiß. Mindestlohn, steigende Nebenkosten und Mieten, Versicherungen und Inflation sind da nur einige der Faktoren, die mehr Kosten nach sich ziehen. Viel gewichtigere Argumente sind aber die neuen Aufgaben, die die Kulturakteure auch im Interesse der Stadt angehen. Viele entwickeln z. B. integrative Formate und machen kulturelle Angebote für geflüchtete Menschen, zusätzliche Mittel wurden speziell dafür aber nicht eingestellt. Außerdem wächst unsere Stadt, mehr Kinder, mehr Schulklassen brauchen z. B. mehr Vermittlungsangebote. Der Ausbau der Angebote im Bereich kulturelle Bildung wird nicht nur eine Aufgabe unserer städtischen Museen, sondern auch der Freien Szene sein. Auch deshalb muss die Stadt langfristig mehr Fördermittel einstellen, wie sie dies auch schon bei den städtischen Eigenbetrieben (Oper, Gewandhaus, Schauspiel und TdJW) zu tun bereit ist. Hier fordern wir Fairness, denn wir wollen keine Zweiklassenkultur in Leipzig, eine ausfinanzierte Hochkultur auf der einen und die Freie Szene mit prekären Beschäftigungsverhältnissen auf der anderen Seite. Wir fordern eine faire Entlohnung im Bereich Kultur für alle Akteur*innen und differenziertere zeitgemäße Förderinstrumente, deswegen machen wir uns nun an die Novellierung der Fachförderrichtlinie Kultur. Dazu fordern wir die Einbeziehung der Akteur*innen der einzelnen Kultursparten. Besonders eng arbeiten wir mit der Sparte Bildende Kunst mit Schwerpunkt im Leipziger Westen, um Projekträume und Initiativen zu erhalten und Leipziger Künstler*innen besser zu unterstützen.

Bilder: Mandy Gehrt

Bild: Groundhopping Merseburg via Flickr | CC BY-NC 2.0

Leutzscher Fußballkultur

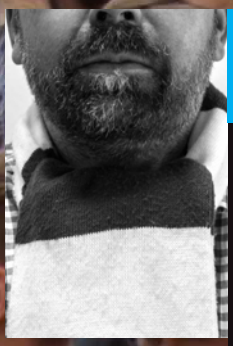
Die BSG Chemie Leipzig hat es geschafft und ist aufgestiegen. Der Leipziger Traditionsverein spielet in der Saison 2016/17 in der Oberliga Nordost. Seine Heimspielstätte ist der Alfred-Kunze-Sportpark in Leipzig Leutzsch, der früher „Georg-Schwarz-Sportpark“ hieß und damit nach einem antifaschistischen Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus benannt war. Fans haben außerdem das Projekt „Chemie Leipzig – aus dem Westen für den Westen“ als soziale Initiative gegründet. Unterstützt wird beispielsweise das „Übernachtungshaus für wohnungslose Männer“ in Leipzig - Leutzsch.

Ulf Graslaub
Erzieher, Mitglied im Vorstand
DIE LINKE. Leipzig Alt-West

» Mich fasziniert die Fanszene bei der BSG, eine Mischung aus älteren Fans, die schon zu DDR Zeiten der Mannschaft die Treue gehalten haben, und vielen jungen linken Fans. Wichtig ist für mich der antirassistische Grundkonsens. Darüber hinaus haben für mich die Spiele der BSG einen großen Erholungseffekt, einfach mal abschalten können vom Arbeitsalltag. «

Juliane Nagel
Landtagsabgeordnete,
Stadträtin und Chemie Fan

» Ein Verein mit Geschichte, mit aktiver Fanszene, einer klar antirassistisch ausgerichteten Ultra-Gruppe und zunehmend auch sportlichen Erfolgen - das ist es, was mich, wenn es die Zeit zulässt, zur BSG zieht. Noch immer ist es nicht normal Fussballvereine mit einer proklamierten und auch gelebten Kultur der Antidiskriminierung und des Antirassismus zu finden. Beides garantiert Chemie - in ihrem Leitbild und im Stadion. Die Fans sind Grundfesten des Vereins und nicht allein passive Ticket-KäuferInnen. All das ist bei den Spielbesuchen spür- und erlebbar. Auch die Geschichte der Chemie-Heimstätte, dem Alfred-Kunze-Sportpark macht etwas her und zeigt wie wichtig es ist das Leutzscher Sportareal am Leben zu erhalten. Georg Schwarz, Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten und bis 1992 Namensgeber des Stadions, nutzte das Stadion mit seinen MitstreiterInnen für die antifaschistische Untergrundarbeit. Eine Tafel am AKS erinnert an diese wichtige historische Phase. Ich bin sicher, dass der Aufstieg in die Oberliga dem Verein weiter Auftrieb und notwendige Anerkennung bringt. «



Thomas Naumann
Vorsitzender DIE LINKE in Alt-West, Fan und Vereins-Mitglied

» Zu „Chemie“ gehe ich seit 2002 wieder. Seitdem hab ich alle Höhen und Tiefen mitgemacht. Auch die finstere Stunde am 30. Juni 2011. Das letzte Heimspiel des FC Sachsen. Seit dem Neubeginn durch die BSG wächst erstmals etwas Solides heran. Das hat jede Unterstützung verdient. Wer lange nicht in Leutzsch zum Fußball war, ist aufgerufen, wieder mal vorbei zu kommen. Beim Fußball in Leutzsch gefallen mir immer wieder die Fangesänge. Schön, dass wir jetzt die alten Liedzeilen „Oh welch ein Glück für diese Stadt, daß sie Chemie Leipzig wieder in der Oberliga hat“ endlich singen können. «

DAS KLEINE STADTTEIL QUIZ

1 Wie heißt der Fahrradladen im Westen, der den gleichen Namen trägt, wie ein großartiger Antikriegsfilm (deutscher Titel) von Stanley Kubrick? Tipp: In dem schwarz-weiß Film spielen ein Cowboyhut, ein Rollstuhl und Lebenssäfte bedeutende Nebenrollen.

2 Gesucht wird ein ehemaliges Wächterhaus und Minimal-Schuppen, der in den letzten Jahren mehrfach umgezogen ist. Tipp: Befindet sich jetzt Markranstädter Straße.

3 In welcher Straße befand sich von 2008 bis 2014 das Nazizentrum der NPD in Lindenau? Tipp: Es fährt eine Straßenbahn durch diese Straße.

4 Welche Wohnformen (Plural) sind eine echte Gefahr für das Westwerk? Tipp: Es gibt eine ähnlich klingende Apfelschorle von der Coca-Cola-Company.

5 Welche Wohnform ist ein ganz schön großer Platzfresser, erfreut sich aber in Leipzig wachsender Beliebtheit (Plural)? Tipp: Gibt es nicht nur im Westen, sondern auch in z. B. Connewitz. Setzt sich aus zwei Worten zusammen.

6 Wie wird der Karl-Heine-Platz, zwischen Karl-Heine-Straße und Aurelienstraße gelegen, auch genannt? Tipp: Kadaverüberreste liegen dort nicht, auch wenn man das dem Spitznamen nach vermuten könnte.

7 Gesucht wird ein mittlerweile verschwundener Trinkertreff in (Alt-)Lindenau. Tipp: Die Lokalität wurde zwischendurch versucht, als Techno-Hipster-Bude wiederzubeleben.

8 In welcher Straße befindet sich ein üblicherweise mit 3 Zeichen abgekürztes Alternatives Wohn- & Kulturprojekt? Tipp: Die Zeichen der Abkürzung enthalten nicht nur Buchstaben.

Antworten

1 ___. ___1_____

2 _____2_____

3 ___10_____8___

4 __7___

5 ___13_____3___

6 _6___9__

7 __12___ __11___

8 __5_____4_____

Gewinne:

a) 30 € Gutschein des „autonomen Gemischtwarenladens“ Bambule (Demmeringstr. 32).
b) Ein Jahr kostenlose Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE (max. Übernahme von 20 € Mitgliedsbeitrag je Monat).
c) Ein kostenloses Halbjahres-Abonnement der sozialistischen Tageszeitung „neues Deutschland“.

Und so geht‘s:

Bis 31.10.2016 eine E-Mail mit dem Betreff „Gewinnspiel West“ und dem Lösungswort schicken an: gewinnspiel@dielinke-leipzig.de
Oder: frankierten Brief mit Kontaktdaten und Lösungswort an folgende Adresse schicken:

INTERIM
Fach: Gewinnspiel
Demmeringstr. 32
04177 Leipzig

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Impressum

Herausgeberin: linXXnet e. V. in Zusammenarbeit mit DIE LINKE. Leipzig Alt-West & Süd-West. V.i.S.d.P. Marco Böhme, Demmeringstr. 32, 04177 Leipzig, Fax: 0341 / 49273148, Web: www.linXXnet.de
Gestaltung: Tilman L. **Beiträge:** Redaktionell betreut vom INTERIM-Team. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Herausgeber*innen.

DIE LINKE.